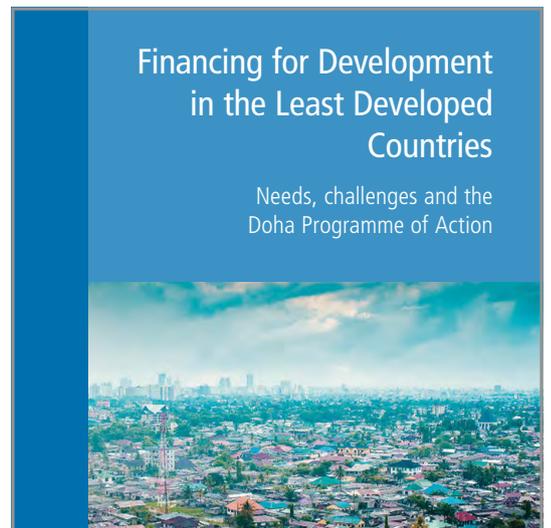


Jahresbericht 2022

Rechenschaftsbericht des Vorstands



Impressum

Jahresbericht 2022

Rechenschaftsbericht des Vorstands

Herausgeber

Global Policy Forum Europe

Königstr. 37a

53115 Bonn

Tel. 0228 96 50 510

europe@globalpolicy.org

www.globalpolicy.org

Kontakt

Jens Martens (Geschäftsführender Vorstand)

Layout und Druck

www.kalinski.media

Bonn, Juni 2023

Inhalt

I. Überblick	4
II. Arbeitsschwerpunkte 2022	6
1. Zukunftsgerechte Entwicklung, Agenda 2030 und SDGs	6
2. Finanzierung nachhaltiger Entwicklung	11
3. Unternehmenseinfluss, Wirtschaft und Menschenrechte	16
III. Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation	20
IV. Finanzbericht 2022	23
V. Daten und Fakten	26
1. Vorstand und Mitarbeiter*innen 2022	26
2. Veröffentlichungen	27
3. Chronologie der GPF-Aktivitäten	29
4. GPF im Internet	31

I. Überblick

Die Arbeit des Global Policy Forums Europe (GPF Europe) war im Jahr 2022 vom Zusammentreffen verschiedener Krisen geprägt. Zum einen war die COVID-19-Pandemie noch nicht überwunden. Dies hatte praktische Auswirkungen auf die Umsetzung unserer Projekte. Viele Aktivitäten und Treffen fanden auch 2022 noch online statt, die Vereinten Nationen öffneten sich erst langsam wieder für Präsenzveranstaltungen. Das Hochrangige Politische Forum (HLPF) tagte in einem hybriden Format, zahlreiche Konferenzen wie die fünfte LDC-Konferenz, an deren Vorbereitung GPF aktiv beteiligt war, wurden in das Jahr 2023 verschoben.

Zum anderen hat der Krieg in der Ukraine die mediale und politische Aufmerksamkeit seit dem 24. Februar 2022 dominiert und den Diskurs über den Multilateralismus verändert (Stichwort „Zeitenwende“). Dies hatte zwangsläufig auch Folgen für die Inhalte unserer Arbeit. GPF befasste sich in diversen Veranstaltungen und Publikationen mit den Auswirkungen des Krieges, sowohl mit Blick auf die Zukunft multilateraler Zusammenarbeit als auch hinsichtlich der Agenda der Entwicklungsfinanzierung. Ein wichtiges Thema war dabei die Zinswende. Seit der globalen Finanzkrise 2008/2009 fand Entwicklungsfinanzierung unter den Bedingungen niedriger Zinsen und hoher Liquidität auf den globalen Finanzmärkten statt. Das hat sich mit den Zinserhöhungen der Zentralbanken 2022 grundsätzlich geändert. GPF hat diesen Trend analysiert und aufgezeigt, welche Implikationen er für die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung und die Verschuldungssituation der Länder des globalen Südens hat.

Neben den akuten Krisen haben wir uns aber weiterhin auch mit langfristigen Politikprozessen befasst. Dazu zählten die UN-Verhandlungen über ein verbindliches Abkommen zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte („Treaty-Prozess“). Mit

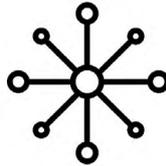
dem Bekenntnis der G7 im Juni 2022 zu einem international verbindlichen Abkommen, der Formierung einer „Friends of the Chair“-Gruppe und der Aussicht auf ein EU-Verhandlungsmandat hat der Verhandlungsprozess 2022 neuen Aufwind erfahren.

Wichtig ist dabei unsere Mitarbeit in der Treaty Alliance, einem weltweiten Zusammenschluss von mehreren hundert zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich für ein internationales Abkommen zur Verankerung der menschenrechtlichen Pflichten von Unternehmen einsetzen. GPF koordiniert die Zusammenarbeit der deutschen Mitglieder der Treaty Alliance und engagiert sich im deutschen CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung. Daneben unterstützen wir seit 2019 die Initiative Lieferkettengesetz (<https://lieferketten-gesetz.de/>).

Seit 2018 sind wir auch Mitglied im Geneva Global Health Hub, einem Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen, der die Arbeit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) kritisch unter die Lupe nimmt und sich für eine demokratische globale Gesundheits-Governance einsetzt (<http://g2h2.org/>). In Deutschland arbeiten wir seit 2020 in der Deutschen Plattform für Globale Gesundheit mit (<https://www.plattformglobale-gesundheit.de/>).

Auch in den anderen Programmbereichen spielt das Engagement in zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Netzwerken für GPF eine wichtige Rolle. Dazu zählen im Bereich der Entwicklungsfinanzierung der Civil Society Financing for Development (FfD) Mechanism (<https://csoforffd.org/>) und das europäischen Netzwerk Eurodad. Außerdem arbeiten wir weiterhin im deutschen Netzwerk Steuer-gerechtigkeit sowie in der Global Alliance for Tax Justice mit.

GPF und GPF Europe spielen eine aktive Rolle in zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Bündnissen. Zu ihnen gehören u.a.:



Treaty Alliance Deutschland

Reflection Group
on the 2030 Agenda for
Sustainable Development



CIVIL SOCIETY FINANCING FOR DEVELOPMENT (FFD) GROUP

II. Arbeitsschwerpunkte 2022

1. Zukunftsgerechte Entwicklung, Agenda 2030 und SDGs

Überblick

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Ukrainekrieg mit seinen geopolitischen und ökonomischen Folgen haben auch die Arbeit von GPF zur Agenda 2030 und den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) erheblich beeinflusst.

Im Februar 2022 veröffentlichte GPF einen umfassenden Report zur Globalen Impfgerechtigkeit. Der Report informiert über die Entwicklung der globalen Impfstoffproduktion und -verteilungen und analysiert Ursachen und Folgen der weltweiten Ungleichverteilung, insbesondere für die Länder des globalen Südens. Er beschreibt, welche Strategien und Maßnahmen zur Reduzierung des globalen Impfgefälles vorgeschlagen und umgesetzt werden – und wo es Blockaden und Widerstände gibt. Und er skizziert neben notwendigen Sofortmaßnahmen auch längerfristige Strategien und Vorschläge zur weltweiten Pandemieprävention, die über das Impfen hinaus die globale Gesundheitsgerechtigkeit zum Ziel haben. Beeinträchtigt wurde die Verbreitung des Reports allerdings durch den Krieg in der Ukraine, der die mediale Aufmerksamkeit in den Wochen nach der Veröffentlichung des Reports fast völlig bestimmte (der Report erschien nur drei Tage vor dem Beginn des Krieges).

Auch die Tagung des Hochrangigen Politischen Forums (High-Level Political Forum, HLPF) der Vereinten Nationen war im Jahr 2022 geprägt vom Zusammentreffen verschiedener Krisen: Der weiterhin schwelenden COVID-19-Pandemie mit ihren sozio-ökonomischen Auswirkungen, den Folgen des Ukrainekriegs, insbesondere für die weltweite Energie- und Ernährungssicherheit, und den immer stärker spürbaren Effekten der Erderwärmung. GPF berichtete darüber bei einer Online-Veranstaltung und in mehreren Briefing Papers.

In Deutschland beteiligte sich GPF weiterhin aktiv an den Debatten über die SDG-Umsetzung im Rahmen von Diskussions- und Vortragsveranstaltungen und Publikationen. GPF-Mitarbeiter*innen waren vielgefragte Referent*innen von der Bundes- bis zur kommunalen Ebene über den Stand der SDG-Umsetzung, die globalen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und die Bedeutung der Agenda 2030 für Städte und Gemeinden.



Unsere Projekte

GPF hat sich 2022 in zwei Projekten auf deutscher und internationaler Ebene mit der Agenda 2030 und den SDGs befasst.

In Deutschland haben wir mit unserem Projekt **Halbzeit bei der SDG-Umsetzung** Schlüsselthemen der Agenda 2030 bearbeitet. Unterstützt wird das Projekt, das eine Laufzeit bis Ende 2024 hat, von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen und Engagement Global. Im Rahmen des Projektes veröffentlichten wir eine Reihe von Briefing Papers, die sich unter anderem mit den Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die Umsetzung der SDGs befassten. In Online-Veranstaltungen berichteten wir live aus New York und Genf von den Diskussionen in den Vereinten Nationen. In Fachgesprächen unternahmen wir einen Ausblick auf die Halbzeitbilanz von Agenda 2030 und SDGs 2023. Außerdem führten wir in zahlreichen deutschen Städten Vortragsveranstaltungen zur Agenda 2030 und den SDGs durch. Dabei ging es u.a. um die Frage, welche Rolle die Kommunen bei der Umsetzung der Agenda und ihrer Ziele spielen können. Schließlich führten wir das Informationsportal www.2030agenda.de fort. Im Jahr 2022 lag die Zahl der Besuche bei 72.066, die der Seitenansichten bei 149.584.

Auf internationaler Ebene haben wir unser Kooperationsprojekt mit der **Friedrich-Ebert-Stiftung** fortgesetzt. Im Rahmen dieses Projektes war ursprünglich geplant, einen weiteren zivilgesellschaftlichen Schattenbericht zur Umsetzung der Agenda 2030 zu produzieren (**Spotlight on Sustainable Development**). Nach Ausbruch des Ukrainekrieges rückte dieses Thema in den Diskussionen im bisherigen Herausgeberkreis des Reports in den Hintergrund. Stattdessen entschieden wir, einen Report **Spotlight on Global Multilateralism** mit einer Reihe internationaler Kooperationspartner zu produzieren. Der Report sollte sich eng an den Themen orientieren, die im Vorbereitungsprozess zum für 2024 geplanten UN-Zukunftsgipfel (Summit of the Future) auf der Agenda stehen. Die Erstellung des Reports erforderte eine längere Vorbereitungszeit. Er wurde im Frühjahr 2023 fertiggestellt und Anfang Mai 2023 veröffentlicht (<https://www.globalpolicy.org/en/multilateralism>).

Dieser Arbeitsbereich wird federführend von **Jens Martens** betreut.



„Breakdown or Breakthrough“ – Ausblick auf die zweite Halbzeit der SDG-Umsetzung

von Jens Martens

Die Welt befindet sich im Dauerkrisenmodus. Neben der COVID-19-Pandemie und dem globalen Klimanotstand mit seinen Extremwetterereignissen beeinträchtigen seit Februar 2022 die geopolitischen und ökonomischen Folgen des Ukrainekriegs die (Über-)Lebensbedingungen großer Teile der Menschheit. Am deutlichsten zu spüren ist das bei der Ernährungssicherheit und der Energieversorgung. Die Weltmarktpreise für Getreide, Erdöl und Erdgas stiegen 2022 auf Rekordniveau und lösten eine Inflationsspirale mit massiven Folgen aus.

Die Vereinten Nationen warnen vor der bislang schwersten „Krise der Lebenshaltungskosten“ in diesem Jahrhundert.¹ Als Reaktion darauf sind die Notenbanken, allen voran die US-amerikanische Federal Reserve und die Europäische Zentralbank von ihrer Niedrigzinspolitik abgerückt. Dies hat Kapitalabflüsse aus den Ländern des globalen Südens, eine steigende Zinslast und die Gefahr neuer Schuldenkrisen zur Folge. UN-Generalsekretär António Guterres spricht in diesem Zusammenhang von einer Kaskade miteinander verknüpfter globaler Krisen und Konflikte, die die Zielsetzungen der Agenda 2030 gefährden.²

Einige Wissenschaftler*innen warnen mittlerweile sogar vor der Gefahr einer „**globalen Polykrise**“. Darunter verstehen sie „eine einzige Makrokrise, bei der die lebenswichtigen natürlichen und sozialen Systeme der Erde durcheinandergeraten und sich die Aussichten der Menschheit irreversibel verschlechtern“.³

Zu einem ähnlichen Befund kommt auch die unabhängige Gruppe von Wissenschaftler*innen, die im Auftrag des UN-Generalsekretärs den **Global**

Sustainable Development Report (GSDR) 2023, das wissenschaftliche Flaggschiff der UN im Bereich nachhaltiger Entwicklung, ausgearbeitet hat.⁴ Bereits in ihrem Bericht 2019 hatte sie festgestellt, dass die Weltgemeinschaft bei der Umsetzung vieler SDGs das Tempo beschleunigen müsse. Vier Jahre später sei die Situation aufgrund der schleppenden Umsetzung und des Zusammenstößens verschiedener Krisen noch wesentlich besorgniserregender. Bei den Zielen, bei denen schon 2019 das Tempo des Fortschritts zu gering war, hätten die Länder seitdem nicht genug beschleunigt, und bei anderen, wie etwa dem Klimaschutz und dem Schutz der Biodiversität, bewegt sich die Welt immer noch in die falsche Richtung. Darüber hinaus hätten die jüngsten Krisen, darunter die COVID-19-Pandemie, der Anstieg der Lebenshaltungskosten, bewaffnete Konflikte und Naturkatastrophen, jahrelange Fortschritte bei einigen SDGs zunichte gemacht. Auch die Autor*innen des GSDR betonen, dass diese Krisen keine unabhängigen Ereignisse seien, sondern durch diverse ökologische, wirtschaftliche und soziale Stränge miteinander verwoben seien und sich gegenseitig verstärkten.

Für den UN-Generalsekretär ist dies aber kein Beleg dafür, dass die Agenda 2030 mit ihren Nachhaltigkeitszielen gescheitert ist. Ganz im Gegenteil: Mit Blick auf die COVID-19-Pandemie stellte er bereits 2021 fest:

„Wäre der mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung angestrebte Paradigmenwechsel in den letzten sechs Jahren vollzogen worden, wäre die Welt besser auf die Krise vorbereitet gewesen.“⁵

1 <https://news.un.org/en/story/2022/07/1122842>

2 United Nations (2022): The Sustainable Development Goals Report 2022. New York (<https://unstats.un.org/sdgs/report/2022/>), S. 2.

3 Homer-Dixon, Thomas/Renn, Ortwin/Rockström, Johan/Donges, Jonathan F./Janzwood, Scott (2021): A Call for An International Research Program on the Risk of a Global Polycrisis (December 16, 2021). (<https://ssrn.com/abstract=4058592>) (Übersetzung JM).

4 Independent Group of Scientists appointed by the Secretary-General (2023): Global Sustainable Development Report 2023. Advance Unedited Version 28 March 2023. New York.

5 United Nations (2021): The Sustainable Development Goals Report 2021. New York (<https://unstats.un.org/sdgs/report/2021/>), S. 2.

Das Problem liegt also nicht in der Agenda 2030 und ihren Zielen, sondern in der unzureichenden politischen Unterstützung und Umsetzung. Als Konsequenz daraus fordert António Guterres in seinem Report zur Halbzeitbilanz der Agenda 2030 die Länder auf, sich zu verstärktem transformativem Handeln zu bekennen, um die Versprechen einzulösen, die sie mit den SDGs gegeben hätten.⁶ Sein Appell: „Wir können nicht einfach weitermachen wie bisher und ein anderes Ergebnis erwarten.“⁷ Notwendig sei nun ein Rettungsplan für die Menschen und den Planeten (*A Rescue Plan for People and Planet*). Er sollte folgende drei Bereiche umfassen:⁸

- Die Stärkung der **Governance und der Institutionen** für eine nachhaltige und integrative Transformation (inkl. der Stärkung von Städten und Kommunen).
- Die Priorisierung von **Politiken und Investitionen**, die Multiplikatoreffekte für alle Ziele haben (z. B. Just Energy Transition Partnerships).
- Die Erhöhung der **SDG-Finanzierung** und Sicherstellen eines günstigen globalen Umfelds für die Länder des globalen Südens (inkl. eines „SDG Stimulus“ von 500 Mrd. US-Dollar pro Jahr).

Ob sich diese allgemein formulierten Ziele verwirklichen lassen, wird davon abhängen, inwieweit die Regierungen sich auf konkrete Maßnahmen zu ihrer Umsetzung einigen können.

Eine wichtige Rolle kann dabei auch der vom UN-Generalsekretär initiierte Zukunftsgipfel (**Summit of the Future**) spielen, der im September 2024 stattfinden soll. Er soll angesichts (oder trotz) der verschärften geopolitischen Konfronta-

tionen dazu beitragen, die multilaterale Kooperation auf Weltebene wiederzubeleben. António Guterres erhofft sich von dem Gipfel einen „Booster-Effekt“ für die Verwirklichung der SDGs.⁹ Der Gipfel soll aber über das Spektrum der Nachhaltigkeitsziele hinausreichen und sich auch mit Themen wie Frieden und kollektiver Sicherheit, der digitalen Zusammenarbeit und den Rechten zukünftiger Generationen befassen.

Den Vorschlag für einen solchen Zukunftsgipfel hatte der UN-Generalsekretär in seinem vieldiskutierten Report *Our Common Agenda* vom September 2021 unterbreitet.¹⁰ Darin beschwor er die Staatengemeinschaft unter dem Schlagwort „breakdown or breakthrough“, angesichts der globalen Krisen die weltweite Solidarität wiederzubeleben und neue Wege der Zusammenarbeit zu finden.¹¹

Ergebnis des Gipfels soll ein *Pakt für die Zukunft* sein, der die Agenda 2030 ergänzt und unterstützt. Für den Verhandlungsprozess und die weiteren Vorbereitungen hat der Präsident der UN-Generalversammlung im Oktober 2022 als Ko-Fazilitator*innen die Ständige Vertreterin Deutschlands bei den Vereinten Nationen in New York Antje Leendertse und den Ständigen Vertreter Namibias Neville Melvin Gertze berufen. Deutschland wird in diesem Prozess damit eine wichtige Rolle spielen, aus der sich eine besondere Verantwortung, aber auch politische Gestaltungsmöglichkeiten ergeben.

Zu klären ist dabei, in welcher Beziehung der SDG-Gipfel, der Zukunftsgipfel und andere zwischenstaatliche Prozesse zueinanderstehen, um Konkurrenz und Paralleldisussionen zu vermeiden. Der UN-Generalsekretär selbst hat vorgeschlagen, dass die Mitgliedsstaaten beim SDG-Gipfel 2023 festlegen könnten, in welchen Bereichen sie vorgehen wollen (das *Was*), während sie beim Zu-

6 UN Secretary-General (2023): Progress towards the Sustainable Development Goals: Towards a Rescue Plan for People and Planet. Report of the Secretary-General (Special Edition) (advance unedited version). New York: UN General Assembly and ECOSOC (https://hlpf.un.org/sites/default/files/2023-04/SDG%20Progress%20Report%20Special%20Edition_1.pdf).

7 Ebd., Pkt. 8.

8 Ebd., Pkt. 50 ff.

9 <https://press.un.org/en/2022/sgsm21399.doc.htm>

10 <https://www.un.org/en/content/common-agenda-report/>

11 UN Secretary-General (2021): Our Common Agenda. New York (<https://www.un.org/en/content/common-agenda-report/>), S. 3.

kunftsgipfel 2024 die multilateralen Kapazitäten dafür stärken sollten (das *Wie*).¹² Zu ergänzen wäre als dritter Schritt noch das *Womit*, für das die vierte Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (Financing for Development, FfD) zuständig wäre.

Die Regierungen haben sich im November 2022 in vagen Worten darauf geeinigt, die **FfD4-Konferenz** im Jahr 2025 durchzuführen. Sie sollte sich zum einen mit den unerledigten Aufgaben im Zusammenhang mit den Umsetzungsmitteln für die SDGs befassen. Zum anderen sollte sie auch Antworten auf die aktuellen Trends formulieren, die massive Auswirkungen für die Länder des globalen Südens haben: Dazu zählen die sprunghaft gestiegenen Lebenshaltungskosten, Kapitalabflüsse, die steigende Zinslast und die Gefahr neuer Schuldenkrisen.

Ob es den Vereinten Nationen gelingen wird, bei dem Gipfelmarathon der Jahre 2023–2025 Antworten auf die globalen Krisen zu vereinbaren, wird auch von der Bereitschaft der Länder des globalen Nordens, allen voran den USA und den Ländern der EU, abhängen, zu grundlegenden Reformen im internationalen (Finanz-)System bereit zu sein. Dies wird auch über Erfolg oder Scheitern der Agenda 2030 und der SDGs mitentscheiden.

12 Vgl. Beisheim, Marianne/Weinlich, Silke (2022): »Summit of the Future« – Deutschland im Co-lead für die Vereinten Nationen. Berlin: SWP (SWP-Aktuell 2022/A 74) (https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A74_zukunftsgipfel_vereinte_nationen.pdf).

2. Finanzierung nachhaltiger Entwicklung

Überblick

Der Arbeitsbereich Entwicklungsfinanzierung und Steuergerechtigkeit stand 2022 im Zeichen der multiplen Krisen. Das Ausklingen der Coronakrise ging Hand in Hand mit dem Aufkommen neuer Krisenerscheinungen, wie dem Energie- und Nahrungsmittelpreisschock. Der internationale Politikbetrieb normalisierte sich als Reise- und Kontaktbeschränkungen aufgehoben wurden, wurde jedoch zugleich durch stärkere geopolitische Spannungen behindert.

Anfang 2022 veröffentlichten wir unseren Report zu „Financing for Development in the Least Developed Countries (LDCs)“, die detaillierteste unabhängige Publikation zum Aktionsprogramm von Doha, dem neuen Zehnjahresprogramm der UN für die am wenigsten entwickelten Länder. Die für Anfang 2022 angesetzte Fünfte UN-Konferenz zu den LDCs in Doha musste jedoch abermals verschoben werden, weil wegen des Hortens von Impfstoffen seitens der reichen Länder gerade in LDCs nicht hinreichend geimpft werden konnte.

Das Financing for Development Forum der UN im April sowie das High-Level Political Forum on Sustainable Development im Juli fanden erstmals wieder wie vorgesehen statt. Bei beiden Gelegenheiten vertraten wir kritisch-konstruktive Positionen zur Entwicklungsfinanzierung. Dabei half unser Briefing Paper „Monterrey+20. Der Financing for Development Prozess der Vereinten Nationen im Lichte aktueller Herausforderungen der Entwicklungsfinanzierung“, das in Deutsch und Englisch veröffentlicht wurde und von Regierungsvertreter*innen und CSOs gleichermaßen als herausragende Informationsquelle zum FfD-Prozess der Vereinten Nationen gelobt wurde.

Beim FfD-Forum veranstalteten wir gemeinsam mit Friedrich-Ebert-Stiftung und unseren Partnernetzwerken auch ein sehr erfolgreiches Side-Event zur „UN Tax Convention“, mit dem wir eine lebhaftige Diskussion der relevanten Verhandlungsführer*innen für Steuerfragen bei der UN anregen konnten. Im Sommer brachte die Afrika-Gruppe bei den Vereinten Nationen einen Resolutionentwurf zur UN-Steuerkonvention ein, der in abgeschwächter Fassung im Herbst im Konsens als Resolution 77/244 der UN-Generalversammlung angenommen wurde. Die Resolution stellt insofern einen Durchbruch dar, als sie zwischenstaatliche Verhandlungen zu Steuerfragen bei den Vereinten Nationen mandatiert. Dies ist eine langjährige Forderung der Steuergerechtigkeitsbewegung sowie Staaten aus dem globalen Süden, da deren Perspektiven bei der OECD nicht ausreichend Gehör finden.

Über das Jahr hinweg haben wir hart daran gearbeitet, den FfD-Prozess aufzuwerten, indem die – längst überfällige – Vierte Internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (FfD4) einberufen wird. Teil unserer Kampagne dazu war auch das Briefing Paper „Neue Impulse für die Agenda 2030. Warum eine vierte Weltkonferenz zur Entwicklungsfinanzierung überfällig ist“, das bei der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) auf Deutsch und Englisch

erschien. Im Herbst entschied die UN-Generalversammlung mit einer Resolution, die Einberufung der FfD-4 Konferenz in 2025 in Erwägung zu ziehen.

Ein bedeutendes Ereignis war die „Zinswende“, mit ihren rapiden Leitzins-erhöhungen seitens der US-Zentralbank und in schneller Folge auch anderer Zentralbanken inklusive der europäischen. Die Zinswende hat massive Auswirkungen darauf, ob und zu welchen Kosten sich Länder des globalen Südens Kapital für Entwicklungsinvestitionen beschaffen können. Wir haben die Auswirkungen im Rahmen eines Briefing Papers analysiert.

Die Zinswende hatte seit Mitte 2022 massive Kapitalflucht aus dem globalen Süden zugeführt und hat bereits erste Länder in die Schuldenkrise gestürzt. Nach der Coronakrise stellt sie einen weiteren Schock dar, der sich erst in 2023 und den Folgejahren voll auswirken wird. Nicht zuletzt hat sie die Diskussion um eine grundlegende Reform der internationalen Finanzarchitektur weiter angeheizt.



Unsere Projekte

GPF hat sich 2022 in verschiedenen Projekten auf deutscher und internationaler Ebene mit der Entwicklungsfinanzierung im weiteren Sinne befasst. Unsere langjährige Kooperation mit Brot für die Welt und Misereor haben wir fortgeführt. Das Projekt, das die Förderung der Umsetzung und Weiterentwicklung der Financing for Development-Agenda der UN zum Ziel hat, wird beständig weiterentwickelt, um auf die sich dynamisch entwickelnden Herausforderungen der Entwicklungsfinanzierung reagieren zu können. Unsere Briefing Papers gelten als bedeutende Informationsquellen zum Themenkomplex, in Deutschland und international.

Unser zweites Projekt im Arbeitsbereich, das von der GIZ im Auftrag des BMZ finanziert wird und die vielseitige Beratung von Entscheidungsträger*innen und Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen zum Ziel hat, hat unsere Kapazität zur Abdeckung des Themenbereichs und des FfD-Prozesses deutlich gesteigert und uns auch erlaubt, zusätzliche Prozesse mit Relevanz für FfD-Themen im Global Economic Governance System zu verfolgen. Es ging im Dezember 2022 in eine neue Phase.

Dieser Arbeitsbereich wird federführend von **Bodo Ellmers** betreut.

UN Financing for Development Forum 2022. Die Debatte zu Entwicklungsfinanzierung in Zeiten multipler Krisen

von Bodo Ellmers

Nach zwei Jahren virtueller WhatsApp-Diplomatie fand das Financing for Development (FfD) Forum der Vereinten Nationen dieses Jahr erstmalig wieder in Präsenz am UN-Hauptsitz in New York statt. Die Anforderungen waren hoch. Kaum scheint die Coronakrise abzuklingen, sind neue Herausforderungen wie Zinsschocks und massive Preissteigerungen bei Energie und Nahrungsmitteln aufgetreten, die besonders in Ländern des globalen Südens verheerende Auswirkungen haben.

Bereits im Vorlauf des Forums hatte der neue Financing for Sustainable Development Report der UN klargemacht, dass Entwicklungsländer nicht über hinreichend fiskalische Spielräume verfügen, um angemessen auf die permanenten Krisen zu reagieren und gleichzeitig die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Daher sind sie in ihrer Entwicklung weit zurückgeworfen worden. Auch die Zahl der extrem Armen hat zugenommen. Das Forum hat viele relevante Aspekte angesprochen, aber wenig handfeste Entscheidungen getroffen. Der Druck zur Einberufung einer neuen Weltkonferenz zur Entwicklungsfinanzierung auf Ebene der Staats- und Regierungschef*innen wächst.

Ungleiche Präsenz der Mitgliedstaaten

Das Ausmaß der Beteiligung beim Forum war sehr unterschiedlich. Unter den größeren europäischen Ländern waren besonders Spanien und Schweden stark vertreten. Spaniens Regierungschef Sánchez intervenierte per Video, und wurde vor Ort durch eine große Delegation unterstützt. Spanien, das weder Mitglied der G7 noch der G20 ist, aber enge Beziehungen zum Globalen Süden und besonders zu Lateinamerika pflegt, wird bereits als Gastland-Geheimtipp für die vierte FfD-Weltkonferenz gehandelt, zumindest wenn die derzeitige Regierung über die nächsten Wahlen hinaus im Amt bleibt.

Deutschland war dieses Jahr zwar mit Diplomaten*innen aus der Ständigen Vertretung in New York präsent, hat beim Forum aber kein einziges Mal inter-

veniert. Es heißt, es habe kurzfristig Absagen seitens der Führungsebene des Entwicklungsministeriums gegeben. Dies ist natürlich ein wenig peinlich, wenn nicht gar ein diplomatischer Affront, in Anbetracht der Relevanz und Dringlichkeit, die gerade die Partnerländer aus dem Globalen Süden den Debatten und der Entscheidungsfindung zu Fragen der Entwicklungsfinanzierung im Rahmen der UN beimessen. Vertreter*innen aus China oder Russland waren beim FfD Forum dagegen sehr aktiv. Noch in der Vorwoche waren sowohl Finanzminister Lindner als auch Entwicklungsministerin Schulze bei der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank im nicht weit entfernten Washington DC gewesen.

Auch aus dem globalen Süden waren zahlreiche hochrangige Vertreter*innen involviert. Besonders hervorgehoben hat sich Malawi, dessen Vizepräsident in Präsenz vor Ort sowohl für die Afrika-Gruppe als auch für jene der Least Developed Countries sprach – mit starkem Statement zu besonders dringenden Schuldenstreichungen. Das Wort *cancellation* wird von europäischen und anderen G20-Vertreter*innen weiterhin nicht in den Mund genommen und schon gar nicht implementiert, weshalb sich die Schuldenberge im Globalen Süden immer bedrohlicher auf türmen.

Die neue Schuldenkrise als heißes Thema

Die Schuldenproblematik war dann auch ein beherrschendes Thema in den Verhandlungen zum Ergebnisdokument und bei den Debatten auf dem Forum selbst. Noch wenige Tage vor dem Forum wurde die Annahme des Ergebnisdokument mittels *silent procedure* nochmal gestoppt. Laut UN-Flurgesprächen hatte sich China dagegen gewehrt, dass im Verhandlungsentwurf des Dokuments auf die ungleiche Beteiligung bilateraler Gläubiger am „Common Framework for Debt Treatments“ der G20 eingegangen wurde. Westliche Staaten sind der Ansicht, China würde sich nicht offen genug für Konzessionen bei bilateralen Schuldenerlassen zeigen. China wiederum fordert die Beteili-

gung der westlich dominierten Weltbank und der – überwiegend westlichen – privaten Gläubiger an Schuldenerlassen und hat dieses Anliegen beim Forum auch kommuniziert.

Die Entwicklungsländer wollen einfach nur Fortschritte beim Schuldenerlass sehen. Daher hat der Rest der G77, der Gruppe der Entwicklungsländer bei den Vereinten Nationen, den Bruch der silent procedure auch nicht mitgetragen, was äußerst ungewöhnlich ist. Im Ergebnisdokument wird nun zumindest zugesagt, zahlreiche Verbesserungen am bislang wirkungslosen Common Framework vorzunehmen, und Prozesse hin zu mehr Schuldentransparenz und verantwortlicherer Kreditvergabe zu stärken.

Druck zur Umverteilung von IWF-Sonderziehungsrechten

Ein anderes bedeutendes Thema beim diesjährigen Forum war die Umverteilung der Sonderziehungsrechte (SZR), der Reservewährung des Internationalen Währungsfonds (IWF). Letztes Jahr wurden SZR im Wert von 650 Milliarden US-Dollar seitens des IWF ausgeschüttet, mit dem erklärten Ziel gerade jenen Ländern frische Liquidität zuzuführen, die sie am dringendsten brauchen. Wegen der Ausschüttung nach Quote ging der Großteil der SZR jedoch an die reichen G7-Staaten, während bei der Gruppe der Low Income Countries insgesamt nur 3 Prozent ankamen.

Entwicklungsländer fordern seither vehement die Umverteilung der SZR, auch wieder beim FfD Forum. Seitens reicher Länder kommen tröpfchenweise Zugeständnisse. Kanada und Spanien kündigten beim Forum die Abgabe eines Teils ihrer SZR-Allokation an. Genutzt wird dabei vorwiegend der brandneue „Resilience and Sustainability Trust“ des IWF, der eine Woche vor dem FfD Forum bei der IWF-Frühjahrstagung verabschiedet wurde. NGOs drängten auf mehr und schnellere Umverteilung und forderten, dass dabei der Charakter der SZR als eine Ressource, die keine Schulden schafft und ohne politische Konditionen kommt, erhalten bleibt. Das ist bei Verwendung des RST nicht der Fall. Zudem forderten NGOs, dass zukünftige Allokationen nicht mehr nach

IWF-Quote, sondern nach Bedarf verteilt werden, damit die SZR effektiv dort wirken können, wo sie gebraucht werden.

Mehr private oder mehr öffentliche Gelder für nachhaltige Entwicklung

Aus der breiteren Themenpalette des Ergebnisdokuments stechen Sustainable Finance und Steuerkooperation als weitere Themen hervor. Sustainable Finance, also die Mobilisierung privater Investitionen für SDG-relevante Zwecke, ist weiterhin das Lieblingskind der EU, wie auch aus dem Statement der Europäischen Union hervorgeht. Im Ergebnisdokument wird erstmals auf Instrumente wie SDG-Anleihen eingegangen.

Aus dem Globalen Süden werden dagegen die Rufe immer lauter, bei der Setzung globaler Steuerabkommen nicht weiter umgangen und benachteiligt zu werden, damit mehr öffentliche Gelder mobilisiert werden können. Die Afrikagruppe forderte auch bei diesem Forum eine UN-Steuerkonvention (UN Tax Convention). Diese würde universale Mitgliedschaft haben und könnte unter anderem eine faire Verteilung von Besteuerungsrechten unter den UN-Mitgliedsstaaten regeln. Ein konkreter Vorschlag für die Ausgestaltung einer UN-Steuerkonvention wurde beim Forum von NGO-Seite vorgelegt. Bei einem side-event, das Global Policy Forum gemeinsam mit Friedrich-Ebert-Stiftung und anderen NGO-Partnern organisiert hatte, wurde es erstmals von Diplom*innen und Expert*innen diskutiert, und die Chancen seiner Realisierung wurden ausgelotet.

FfD 4: Die nächste Weltkonferenz zur Entwicklungsfinanzierung

Realisierung bleibt weiterhin das große Problem des FfD-Prozesses. Auch das diesjährige FfD-Forum hat viele relevante Themen angesprochen, aber wenige konkrete Entscheidungen gefällt. Der Druck zur Einberufung einer neuen Weltkonferenz zur Entwicklungsfinanzierung auf Ebene der Staats- und Regierungschefs wächst daher. Im Entwurf des Ergebnisdokuments war das Jahr 2024 als Datum für „FfD4“ explizit eingegeben. Zwanzig Jahre nach Beginn des FfD-Prozesses auf dem Gip-

fel in Monterrey wäre es die vierte Weltkonferenz zur Entwicklungsfinanzierung. Die EU hat sich informell positiv dazu positioniert.

In Europa wächst die Einsicht, dass die Agenda 2030 ohne Fortschritte bei FfD-Themen nicht mehr zu retten ist. Allerdings war die G77 beim diesjährigen FfD Forum noch nicht dazu bereit, einen konkreten Termin und ein Mandat für FfD4 zu setzen. Die UN-Generalversammlung im September wurde beauftragt, sich der Angelegenheit anzunehmen. In Anbetracht der multiplen Krisen fehlt es weder an Dringlichkeit noch an Themenfeldern für FfD4. Collen Vixen Kelapile, der Vorsitzende des diesjährigen FfD Forums, erinnerte die Teilnehmenden daran, beim Thema FfD nicht locker zu lassen: „The situation is dire. Although we have reached the end of the forum, our work has just begun.“

3. Unternehmenseinfluss, Wirtschaft und Menschenrechte

Überblick

GPF arbeitete auch im Jahr 2022 zum Themenbereich Unternehmenseinfluss sowie Wirtschaft und Menschenrechte. Dies erfolgte insbesondere im Rahmen von Kooperationsprojekten mit Brot für die Welt und MISEREOR sowie mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Im Fokus unserer Arbeit standen dabei die laufenden Prozesse zur Unternehmensregulierung im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte auf deutscher, europäischer und UN-Ebene. Wir wirkten an Fachgesprächen und zivilgesellschaftlichen Strategietreffen mit und erstellten mehrere Publikationen.

Unsere Projekte

GPF hat sich 2022 in zwei Projekten mit dem Einfluss privater Akteure auf nationale, europäische und internationale Politikprozesse und mit deren Regulierung befasst.

Im Rahmen des Kooperationsprojekts mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) veranstaltete GPF gemeinsam mit der IG-Metall und IndustriAll ein Side Event am Rande der 8. Verhandlungsrunde über ein UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten in Genf. Gemeinsam mit Gewerkschaftsvertreter*innen diskutierten wir die Bedeutung von Gewerkschaftsrechten im gegenwärtigen Abkommensentwurf und welche Rolle Gewerkschafter*innen für die effektive Umsetzung des Abkommens spielen. In einem Briefing analysierte GPF die Ergebnisse der 8. Verhandlungsrunde.

Um den Prozess hin zu einem UN-Treaty zu unterstützen, engagierte sich GPF mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene. Die deutsche zivilgesellschaftliche Treaty Alliance wird von GPF koordiniert. Gemeinsam mit Mitgliedsorganisationen der Treaty Alliance Deutschland führten wir mehrere Veranstaltungen durch. Neben dem UN-Treaty-Prozess in Genf beobachteten wir im Jahr 2022 den G7-Prozess unter deutscher Präsidentschaft, insbesondere das Treffen der G7-Arbeits- und Sozialminister*innen, und begleiteten diesen mit Öffentlichkeitsarbeit und einem Workshop im Rahmen des G7-Alternativgipfels.

Im Rahmen unseres Kooperationsprojekts „Gegen-Lobby für Zukunftsgerechtigkeit“ mit Brot für die Welt und MISEREOR beobachtete GPF die Einflussnahme von privaten Akteuren auf verschiedene Politikprozesse und vernetzte sich zu diesen Themen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen.



Ein Ergebnis der Kooperation war das Kurzpapier „Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz“.

Dieser Arbeitsbereich wird federführend von **Karolin Seitz** betreut.

Neue Dynamik im UN-Treaty-Prozess

von Karolin Seitz¹³

Das Ringen um eine menschenrechtliche Regulierung der globalen Weltwirtschaft auf Ebene der Vereinten Nationen (UN) geht bis in die 1970er Jahre zurück. Mit der Schaffung des UN Centre for Transnational Corporations (1974), dem Code of Conduct (1977) und den UN-Normen (2003) gab es mehrfach Versuche dahingehend. All diese Initiativen scheiterten allerdings am Widerstand der Industrienationen und der Wirtschaftslobby. Die Staaten setzten lieber auf freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmen, beispielsweise im Rahmen des UN Global Compact oder orientiert an den 2011 vereinbarten UN-Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten.

Da Ecuador und Südafrika diese Maßnahmen nicht ausreichten, brachten sie im Juni 2014 eine Resolution in den UN-Menschenrechtsrat zur Abstimmung, mit welcher eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe zur Formulierung eines verbindlichen Abkommens – auch „UN-Treaty“ genannt – eingesetzt werden sollte. Es war ein Durchbruch, als die Resolution trotz der Gegenstimmen der Industrienationen, darunter den USA und der EU-Mitgliedsstaaten inklusive Deutschlands, jedoch von der Mehrheit der Mitgliedsstaaten im UN-Menschenrechtsrat angenommen wurde.

Seitdem tagte die zwischenstaatliche Arbeitsgruppe achtmal, zuletzt im Oktober 2022. Bis zu 100 Länder waren bei den jährlich stattfindenden Tagungen vertreten, insbesondere aus dem Globalen Süden. Nicht nur während der Abstimmung 2014, sondern auch danach verfolgten die EU und die USA lange eine destruktive Strategie. Sie versuchten immer

wieder, die Legitimität der Arbeitsgruppe in Frage zu stellen und durch Verfahrenseinwände und Kürzung von Finanzmitteln zu stoppen.

Fast zehn Jahre später sieht die politische Lage deutlich anders aus: Mit Deutschland und Frankreich haben bereits zwei Länder nationale Gesetze erlassen, die ihre Unternehmen zu menschenrechtlicher Sorgfalt entlang ihrer Lieferkette verpflichten. Weitere Länder sind dabei ähnliche Gesetze zu formulieren oder haben zumindest Regulierungen zu Einzelaspekten, wie Kinder- und Zwangsarbeit eingeführt. Auf europäischer Ebene sind die Verhandlungen über ein EU-Lieferkettengesetz in vollem Gange. Im Jahr 2024 soll die Richtlinie stehen. Diese Entwicklungen führten auch zu einem deutlichen Richtungswechsel der Industrienationen mit Blick auf die Verhandlungen zu einem internationalen Abkommen: Während ihres Gipfeltreffens im Jahr 2022 bekannten sich die G7-Staaten zur Notwendigkeit international verbindlicher Regeln für nachhaltige Wertschöpfungsketten. Dafür hatte sich insbesondere auch der Bundesarbeitsminister Hubertus Heil eingesetzt. Während die letzten Bundesregierungen dem UN-Prozess sehr skeptisch gegenüberstanden, befürwortet die aktuelle Bundesregierung ein internationales Abkommen. Sie hat sich jedoch bislang nur mit allgemeinen Vorschlägen in die Tagungen der Arbeitsgruppe eingebracht, nicht aber aktiv mitverhandelt.

Die US-Regierung nahm im Jahr 2022 hingegen bereits zum zweiten Mal an den Verhandlungen über den UN-Treaty teil und brachte sich mit zahlreichen Beiträgen ein. Wenn es auch ungewiss ist,

¹³ Dieser Artikel erschien in ähnlicher Fassung zuerst im Magazin maldekstra, März 2023, S.12–13 (https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/maldekstra/Maldekstra_18.pdf).

ob die US-Regierung ein solches internationales Abkommen letztlich unterzeichnen wird, so verleiht ihre Beteiligung dem Prozess doch politisches Gewicht.

Während der achten Verhandlungsrunde 2022 waren also alle „Big Player“ im Verhandlungssaal – neben den USA, Australien, Großbritannien und Japan, Indien, China, Brasilien und Russland. Weiterhin maßgeblich getragen und unterstützt wird der Prozess von Ländern des globalen Südens. Mit besonders vielen Redebeiträgen brachten sich Brasilien, Palästina, Mexiko, Namibia, Südafrika, Kenia, Bolivien, Panama und Uruguay ein. Zu Wort kamen auch zahlreiche Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen. Starke Stellungnahmen wurden von Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden durch Unternehmen eingebracht, so beispielsweise von Betroffenen des Staudammbruchs in brasilianischen Brumadinho und aus der sogenannten „Cancer Alley“ im US-amerikanischen Louisiana.

Auch die EU und ihre Mitgliedsstaaten haben ihre Position gegenüber einem internationalen Abkommen zum Positiven geändert. Hatten die EU-Mitgliedsstaaten 2014 noch gegen den Beginn des Prozesses im UN-Menschenrechtsrat gestimmt, sehen sie mittlerweile das Potential eines verbindlichen Abkommens. Deutschland und die EU-Mitgliedsstaaten lassen sich gemeinsam durch den Europäischen Auswärtigen Dienst in der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe vertreten. Noch haben sie nicht am Abkommen mitverhandelt, sondern den Prozess lediglich beobachtet. Die EU steht jedoch kurz davor, in die Verhandlungen einzutreten.

Denn der UN-Treaty, das kommende EU-Lieferkettengesetz und auch das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz würden einander ergänzen. So wird der Zugang zu Recht für Betroffene durch das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und die kommende EU-Richtlinie nur unzureichend verbessert.

Damit Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden gerade auch in außereuropäischen Fällen geahndet werden können und Betroffene effektiven Rechtsschutz erhalten, müssen die Hürden zum Rechtszugang abgebaut, die justizielle Zusammen-

arbeit verbessert sowie das anzuwendende Recht und die gerichtliche Zuständigkeit global klar geregelt werden.

Wenngleich der gegenwärtige Entwurf eines UN-Treaty noch Nachbesserungsbedarf hat, so beinhaltet er doch wesentliche Elemente, die den Zugang zu Recht für Betroffene verbessern würden. Beispielsweise sieht er angemessene Verjährungsfristen und eine Eingriffsnorm für grenzüberschreitende Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen vor. Fälle wie die Schmerzensgeldklage gegen den Textilkonzern Kik von Hinterbliebenen der bei einem pakistanischen Fabrikbrand getöteten Arbeiter*innen, die vom Dortmunder Landgericht wegen Verjährung nach pakistanischem Recht abgewiesen wurde, wären dann erfolgsversprechender.

Der Abkommens-Entwurf sieht ähnlich wie die deutsche und europäische Regelung vor, dass Vertragsstaaten ihre Unternehmen zu menschenrechtlicher sowie zu umwelt- und klimabezogener Sorgfalt verpflichten. Durch ein solches Abkommen könnten folglich gleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen weltweit geschaffen werden.

Zudem müssten Vertragsstaaten laut des aktuellen Entwurfs von Unternehmen verlangen, Geschlechtergerechtigkeit in allen Schritten ihrer Sorgfaltspflicht zu berücksichtigen. Schließlich sind Frauen besonders und in anderer Weise als Männer von den negativen Auswirkungen globalen Wirtschaftens betroffen – ein Aspekt der vom deutschen Gesetz ignoriert wird.

Es besteht noch längst keine Einigkeit unter den Staaten über das internationale Abkommen. So fordern einige Staaten, dass sich das Abkommen ausschließlich auf transnationale Konzerne fokussieren sollte, während andere einen Anwendungsbereich auf alle Unternehmen fordern. Auch die Regelungen dazu, vor welchen Gerichten in welchem Land im Schadensfall Klagen zulässig sein sollen und welches Recht dann anzuwenden ist, sind umstritten. Uneinigkeit zwischen den Staaten besteht zudem mit Blick auf die Reichweite der Sorgfaltspflicht und die Haftung entlang der Wertschöpfungskette sowie auf die Regelung zum Verhältnis des Abkommens zu Handels- und Investitions-

abkommen. Momentan räumt der entsprechende Artikel den Regelungen des UN-Treaty Vorrangstellung gegenüber den Regelungen aus Investitionsabkommen ein.

Eine „Friends-of-the-Chair“-Gruppe soll nun mehr Dynamik in den Prozess bringen. Die Unterarbeitsgruppe, bestehend aus Aserbaidschan, Costa Rica, Frankreich, Indonesien, Kamerun und Portugal, soll bis zur nächsten Verhandlungsrunde im Oktober 2023 einen Kompromisstext vorschlagen.

Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und die kommende EU-Richtlinie sind trotz ihrer Mängel wichtige erste Schritte auf dem Weg zu einer gerechteren Weltwirtschaft. Allerdings wurden/werden bei der Formulierung dieser unilateralen Regulierungen Expert*innen, Betroffene von Menschenrechtsverletzungen und Regierungsvertreter*innen aus dem Globalen Süden nur unzureichend angehört und einbezogen, obwohl die Gesetze auf verschiedene Weise Anwendung in diesen Ländern finden werden. Die Verhandlungen im UN-Menschenrechtsrat über einen UN-Treaty bietet hingegen ein Forum, in welchem die Stimmen und Anliegen aus dem Globalen Süden zu Wort kommen. Um in diesen geopolitisch angespannten Zeiten Vertrauen wiederaufzubauen und die Bereitschaft zur solidarischen und gemeinsamer Lösungsfindung für globale Herausforderungen zu zeigen, sollte die EU in die multilateralen Verhandlungen zu dem Abkommen einsteigen.

Mit der „Friends-of-the-Chair“-Gruppe, dem G7-Beschluss und der mitverhandelnden US-Regierung ist Fahrt in die Verhandlungen zum UN-Treaty gekommen. Die Bundesregierung sollte sich nun im Rahmen der EU nachdrücklich dafür einsetzen, schnellstmöglich ein EU-Verhandlungsmandat zu erzielen. Um nun schneller in den Verhandlungen voranzukommen, sind weitere Treffen zwischen den jährlich stattfindenden Tagungen der UN-Arbeitsgruppe notwendig. Auch zum zeitlichen Horizont sollten sich die Staaten ein gemeinsames Ziel setzen. Denn wie die parallel geführten Verhandlungen zu einem globalen Abkommen gegen die Plastikverschmutzung und zu einem globalen Abkommen zur Prävention, Bereitschaft und Reaktion auf Pandemien zeigen, ist das bei entsprechendem politischem Willen durchaus möglich. Die Verhandlungen zu einem Plastikabkommen laufen seit März 2022 und sollen bereits Ende 2024 abgeschlossen werden. Bei der Weltgesundheitsorganisation wird seit Dezember 2021 über den Pandemievertrag verhandelt. Laut Zeitplan soll er ebenfalls 2024 fertig zur Abstimmung sein.

III. Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Überblick

Auch in diesem Jahr konnte der in 2020 neu etablierte und programmübergreifende Arbeitsschwerpunkt Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation noch weiter ausgebaut und vertieft werden. Durch die anhaltende Pandemie wurde zunächst der Fokus weiter überwiegend auf digitale Kommunikationsformate, wie Social Media, Blogs und Newsletter sowie Online-Publikationen und -Veranstaltungen gelegt. Nach und nach wurden aber auch wieder Präsenzveranstaltungen besucht und unterstützt.

Essentiell für jegliche Kommunikationsaktivitäten war eine enge Abstimmung mit den Verantwortlichen der Programmbereiche sowie mit Netzwerkpartner*innen. Die GPF-Website sowie die damit verbundenen Domains wurden regelmäßig mit neuen Inhalten (englisch und deutsch) bespielt und diese besucher*innenfreundlich zugänglich und verbreitbar gemacht. Besonderes Augenmerk wurde hierbei nun auch auf Search-Engine-Optimization (SEO) gelegt, um ein besseres Suchmaschinenranking der Seiten und Inhalte zu erreichen.

Aktivitäten im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation 2022

» Nach der erfolgreichen Umsetzung der neuen GPF-Website in den Vorjahren, lag der Fokus in 2022 einerseits darin, diese weiter als Knotenpunkt für sämtliche Kommunikationskanäle zu etablieren, andererseits konnte durch Maßnahmen der Search-Engine-Optimization (SEO) eine erhebliche Verbesserung im Suchmaschinen-Ranking erreicht werden. Ähnliches gilt auch für die anderen von GPF betreuten Webpräsenzen, wie z.B. 2030agenda.de. Für den technischen Support wurde eine neue Webagentur beauftragt.

Durch technische sowie redaktionelle SEO-Maßnahmen, die aus einem zuvor in Auftrag gegebenen SEO-Audit hervorgingen, konnte diese Verbesserung erreicht werden. In der Google-Suche werden beispielsweise für „global policy“ 8,2 Mrd. Ergebnisse gefunden. Die GPF-Website erscheint hier bereits an dritter Stelle.

» Unterstützt wurde insbesondere auch bei der Umsetzung von neuen Publikationen zu den verschiedenen Kernthemen. Diese wurden durch Disseminierungsstrategien und Social-Media-Outreach-Strategien, die auch in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen umgesetzt wurden, begleitet.

Dies beinhaltete eine entsprechende Aufbereitung und prominente Darstellung aller Veröffentlichungen und Outputs aus den oben genannten Arbeitsbereichen in unterschiedlichen Formaten, wie Reports/Briefings, aber auch Blogs und Pressemitteilungen. Wo möglich wurden diese immer in deutscher und englischer Sprache veröffentlicht und kommuniziert.

- » In besonderem Maße standen die Organisation und Umsetzung von Kommunikationsaktivitäten für das durch die GIZ finanzierte Projekt zur Entwicklungsfinanzierung im Fokus. Die Kampagnenarbeit zu UN Tax Resolution, Treffen von G7/G20 oder dem GPF-Report zu Least Developed Countries (LDCs) beinhaltete alle GPF zur Verfügung stehenden Kommunikationsformate, die in engem Austausch mit Programmleitung und Partnerorganisationen, wie etwa CS FfD-Group, Global Alliance for Tax Justice, etc. zum Einsatz kamen.
- » Auch im Kontext Wirtschaft und Menschenrechte und v.a. bedingt durch die neue Dynamik im Hinblick auf Lieferkettengesetze sowie den Prozess zum UN-Treaty zu Wirtschaft und Menschenrechte, wurde die Weiterentwicklung und inhaltliche Bespielung der Unterseite <https://www.globalpolicy.org/de/un-treaty> fortgeführt.

Zusammen mit Partnerorganisationen wurden darüber hinaus Kommunikationskampagnen (z. B. Social-Media-Kit inklusive Sharepics) erarbeitet und erfolgreich verbreitet.

- » Ein weiteres Arbeitsfeld der Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation stellte die Organisation und Bewerbung von und Teilnahme an (Online-)Veranstaltungen dar. Insbesondere im Themenfeld Agenda 2030 und SDG-Halbjahresbilanz wurden Fach- und Dialoggespräche unterstützt. Für die Bewerbung sämtlicher durch GPF (mit-) organisierter Veranstaltungen waren die neue Website sowie die 2030agenda.de-Seite unabdingbar. Für letztere wurden darüber hinaus regelmäßig deutschsprachige Blurbs verfasst und zusätzlich via Social Media verbreitet.
- » Die Social-Media-Arbeit insgesamt wurde intensiviert und ausgebaut. Konkrete Kanäle waren Twitter, Facebook und LinkedIn sowie zunehmend auch Instagram.
- » Der GPF-Newsletter mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Aktivitäten und Veröffentlichungen wurde regelmäßig an die Abonnent*innen versendet. Das Format des Newsletters wurde z. T. überarbeitet und ein neues Tool für dessen Erstellung und Versand etabliert.
- » Verstärkt wurde auch die Kommunikation von GPF-Publikationen und -Veranstaltungen an relevante Bundestagsausschüsse.

Dieser Arbeitsbereich wird federführend von **Tobias Gerhartsreiter** betreut.

Besucher*innenzahlen der Webpräsenzen (31.1. bis 31.12.2022)

	Besucher*innen	Seitenansichten
www.globalpolicy.org	399.247	571.915
www.2030agenda.de	72.066	149.584
www.2030spotlight.org	33.856	45.679
www.globalpolicywatch.org	3.982	7.515



Landing-Page der GPF-Website

IV. Finanzbericht 2022

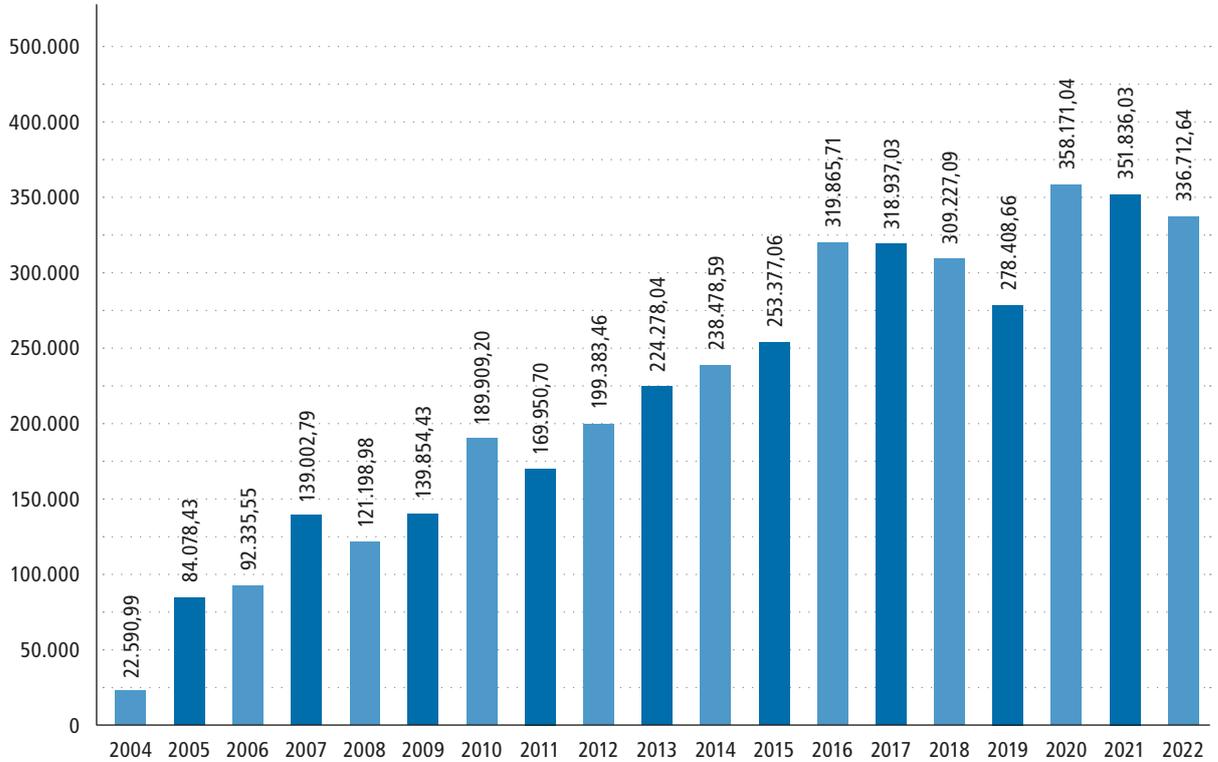
Die finanzielle Entwicklung von GPF Europe im Jahr 2022 verlief weitgehend stabil. Mit einigen Partnern konnten mehrjährige Kooperationsverträge abgeschlossen werden, die zum Teil eine Laufzeit bis Ende 2025 haben. Bei der Bewilligung von einigen (Folge-) Projekten kam es jedoch zu geringfügigen Verzögerungen. Dies führte dazu, dass der Umsatz im Jahr 2022 mit 336.712,64 Euro etwas unter dem Niveau des Vorjahres lag (351.826,03 Euro) (s. Grafik). Aus den verzögerten Mittelbewilligungen resultierte entsprechend ein Jahresfehlbetrag von 10.715,47 Euro. Durch die entsprechende Entnahme aus den satzungsmäßigen Rücklagen kann das Jahr dennoch mit einer ausgeglichenen Bilanz abgeschlossen werden (s. Tabelle). Größte Ausgabenposten waren die Personalkosten, die Büromiete, die Kosten für Veröffentlichungen sowie Reise- und Veranstaltungskosten. Sie fielen 2022 wieder in wesentlich größerem Umfang an als in den Pandemie-Jahren 2020 und 2021.

Wichtigste zivilgesellschaftliche Partner waren MISEREOR und Brot für die Welt. Mit ihnen bestehen jeweils mehrjährige Kooperationsvereinbarungen. Weitere wichtige Geldgeber waren die Engagement Global gGmbH, die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen und die Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie unterstützen Projekte, die sich mit Schlüsselthemen der Agenda 2030 befassen. Erneuert wurde 2022 auch die Projektförderung durch die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) für die Arbeit im Bereich der Finanzierung nachhaltiger Entwicklung. Weiterhin erhielt GPF Europe auch 2022 Mittel der Rosa-Luxemburg-Stiftung für das Projekt zu verbindlichen globalen Unternehmensregeln (Treaty-Prozess).

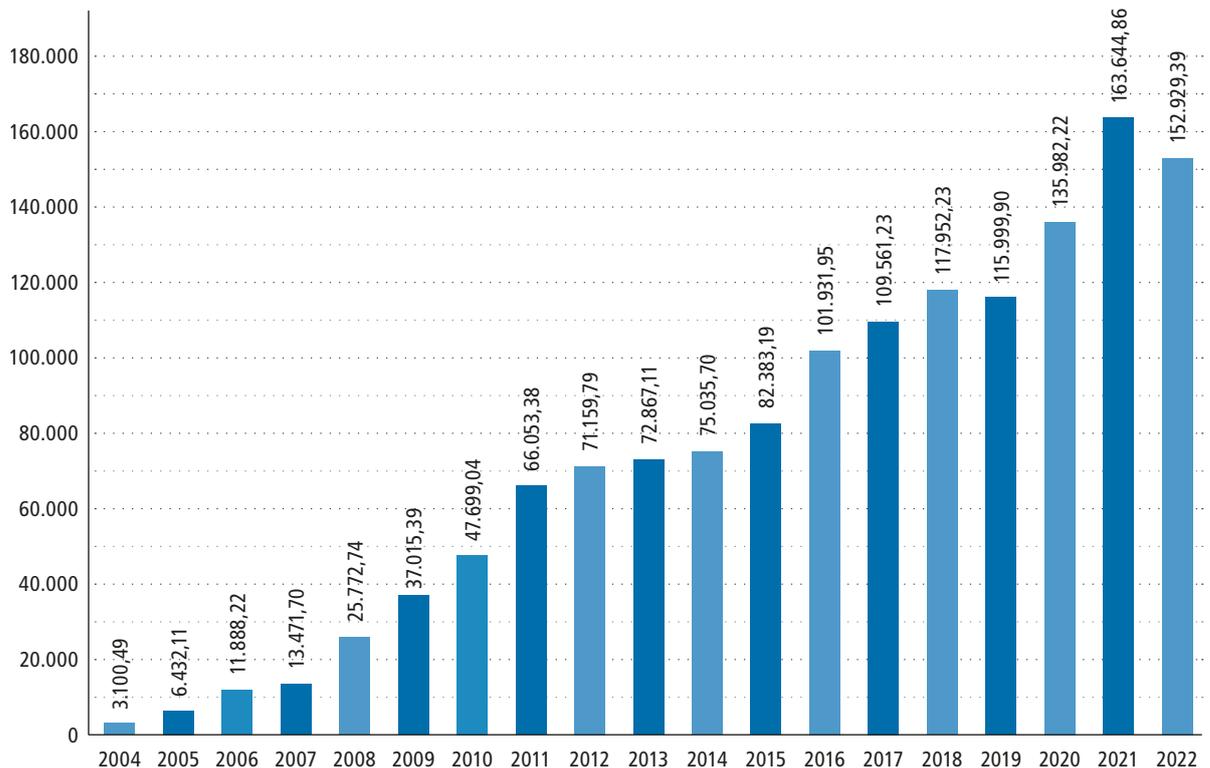
Eine kontinuierliche Herausforderung besteht darin, die Finanzierung von GPF Europe durch längerfristige Kooperationsvorhaben und Projektzuschüsse sicherzustellen, um die Arbeit auf eine stabile Finanzgrundlage zu stellen. Die Erneuerung entsprechender Kooperationsvereinbarungen im Berichtsjahr ist deshalb sehr positiv zu bewerten.

Da die Mittelbewilligung sowie die Auszahlung der Fördergelder häufig mit erheblicher Verzögerung erfolgt, sind satzungsmäßige Rücklagen dringend erforderlich. Mit Hilfe der Rücklagen können bei Bedarf Liquiditätsengpässe überbrückt und notfalls der kurzfristige Wegfall von Zuschüssen ausgeglichen werden. Nach der Entnahme zum Ausgleich des Jahresfehlbetrags beträgt die Rücklage zum 31.12.2022 152.929,39 Euro (s. Grafik).

Umsatz GPF Europe 2004 bis 2022 in Euro



Rücklagen GPF Europe 2004 bis 2022 in Euro



Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022

alle Beträge in Euro

Bilanz	2022	2021
Aktiva		
A. Anlagevermögen	127,00	630,00
B. Umlaufvermögen	170.008,74	169.333,61
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.750,00	
2. Sonstige Vermögensgegenstände	1.000,00	
3. Kassenbestand und Bankguthaben	165.258,74	
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.325,25	1.030,00
Summe	171.460,99	170.993,61
Passiva		
A. Eigenkapital	152.929,39	163.644,86
1. Gewinnrücklagen (satzungsmäßige Rücklagen)	152.929,39	
2. Bilanzgewinn		
B. Rückstellungen	2.118,89	6.944,16
C. Verbindlichkeiten	16.412,71	404,59
1. Erhaltene Anzahlungen	16.000,00	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
3. Sonstige Verbindlichkeiten	412,71	
D. Rechnungsabgrenzungsposten		
Summe	171.460,99	170.993,61

Gewinn- und Verlustrechnung	2022	2021
1. Umsatzerlöse	336.712,64	351.836,03
a. Engagement Global gGmbH	68.000,00	62.671,64
b. Friedrich-Ebert-Stiftung	30.000,00	44.000,00
c. Brot für die Welt	51.828,00	52.274,00
d. MISEREOR	58.976,83	45.034,00
e. Rosa-Luxemburg-Stiftung	44.557,22	46.279,49
f. Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW	24.869,13	21.830,00
g. GIZ	56.675,47	76.417,00
h. Publikationserlöse	464,88	3.754,06
i. Mitgliedsbeiträge	2.760,00	3.020,00
j. Rückstellung für evtl. Zuschussrückzahlung	-1.418,89	-3.444,16
2. Honorare an Dritte	1.811,16	6.049,50
3. Personalaufwand	290.877,06	279.592,68
4. Abschreibungen (inkl. Forderungsverluste)	1.827,89	2.555,93
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	57.154,17	39.543,31
a. Raumkosten	13.555,75	
b. Versicherungen, Beiträge und Abgaben	911,97	
c. Buchführungskosten	4.807,51	
d. Werbe- und Reisekosten (inkl. Tagungen)	24.197,25	
e. Verschiedene betriebliche Kosten (inkl. Publikationen)	13.681,69	
6. Sonstige betriebliche Erträge	4.242,17	3.568,03
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-10.715,47	27.662,64
8. Jahresfehlbetrag (Jahresüberschuss)	-10.715,47	27.662,64
9. Entnahme aus den satzungsmäßigen Rücklagen	10.715,47	0,00
10. Einstellung in die satzungsmäßigen Rücklagen	0,00	-27.662,64
11. Bilanzgewinn	0,00	0,00

V. Daten und Fakten

1. Vorstand und Mitarbeiter*innen 2022

GPF Europe wird getragen von einem kleinen Kreis engagierter Mitglieder (Ende 2022: 43) und einem fünfköpfigen Vorstand. Bei der Mitgliederversammlung 2022 hat die bisherige Vorsitzende Prof. Dr. Tanja Brühl aus Kapazitätsgründen nicht mehr für den Vorsitz kandidiert, stand aber als Beisitzerin weiter zur Verfügung. Tanja Brühl hat für die Entwicklung von GPF Europe eine wichtige Rolle gespielt und den Verein als Vorsitzende 18 Jahre lang erfolgreich geleitet. An ihre Stelle trat Dr. Silke Weinlich, eine international ausgewiesene Expertin für das UN-Entwicklungssystem.

Den Kern von GPF Europe bildet sein Bonner Büro mit seinem Geschäftsführer Jens Martens, den Programmleiter*innen Bodo Ellmers, Tobias Gerhartsreiter und Karolin Seitz, sowie einer Reihe freier Mitarbeiter*innen, Praktikant*innen und Berater*innen.

Vorstand GPF Europe



Dr. Tanja Brühl
Vorstandsvorsitzende
bis September 2022, seitdem Beisitzerin



Dr. Silke Weinlich
Vorstandsvorsitzende
seit September 2022, davor Beisitzerin



Dr. Michèle Roth
Schatzmeisterin



Verena Winkler
Beisitzerin



Jens Martens
Geschäftsführender Vorstand

Mitarbeiter*innen GPF Europe



Bodo Ellmers
Programmleiter
(Berlin/Brüssel)



Karolin Seitz
Programmleiterin
(Köln/Bonn)



Tobias Gerhartsreiter
Programmleiter
(Bonn)

Vorstand GPF New York



Barbara Adams
Vorstandsvorsitzende



Marina Lent
Stellvertretende
Vorstandsvorsitzende



Marina Durano
Schatzmeisterin



Jens Martens
Secretary

Mitarbeiterinnen GPF New York



Elena Marmo
Programme Officer
(New York) bis August 2022



Julie Kim
Programme Associate
(New York)

Praktikant*innen GPF Europe:

Mel Arnecke, Isabelle Schindler, Antonia Leeb

Berater:

David Weaver Policy Advisor (New York)

Dr. Henning Melber Policy Advisor (Uppsala)

Dr. Klaus Hüfner Senior Resarch Fellow on UN Finance (Berlin)

2. Veröffentlichungen

Ellmers, Bodo (2022):

Nachhaltige Entwicklung im Schatten geopolitischer Spannungen. Zentrale Ergebnisse der G7- und G20-Prozesse 2022. Briefing, November 2022. Bonn: GPF Europe. <https://www.globalpolicy.org/de/publication/nachhaltige-entwicklung-im-schatten-geopolitischer-spannungen>

Ellmers, Bodo (2022):

Jenseits der G20. Die internationale Reformdebatte in Zeiten von COVID-19. Wie Schuldenkrisen nachhaltig gelöst werden könnten; in: Erlassjahr.de/MISEREOR: Schuldenreport 2022. <https://erlassjahr.de/wordpress/wp-content/uploads/2022/02/SR22-online.pdf>

Ellmers, Bodo (2022):

Neue Impulse für die Agenda 2030. Warum eine vierte Weltkonferenz zur Entwicklungsfinanzierung überfällig ist. Bonn: SEF. <https://www.sef-bonn.org/publikationen/global-governance-spotlight/22022/>
Englische Fassung: <https://www.sef-bonn.org/en/publications/global-governance-spotlight/22022/>

Ellmers, Bodo (2022):

Zinswende. Zeitenwende in der Entwicklungsfinanzierung. Bonn: GPF. <https://www.globalpolicy.org/de/publication/zinswende>
Englische Fassung: <https://www.globalpolicy.org/en/publication/interest-rate-turnaround>

Ellmers, Bodo and Tove Ryding (2022):

The potential of a UN Tax Convention and a “Race to the Top Alliance”; FES New York. <https://ny.fes.de/article/the-potential-of-a-un-tax-convention-and-a-race-to-the-top-alliance>

Ellmers, Bodo (2022):

Monterrey+20: Der Financing for Development Prozess der Vereinten Nationen im Lichte aktueller Herausforderungen der Entwicklungsfinanzierung. Bonn: GPF. <https://www.globalpolicy.org/de/publication/monterrey20>
Englische Fassung: <https://www.globalpolicy.org/en/publication/monterrey20>

Ellmers, Bodo (2022):

Financing for Development in the Least Developed Countries – Needs, challenges and the Doha Programme of Action. Bonn: GPF. <https://www.globalpolicy.org/en/publication/financing-development-least-developed-countries-needs-challenges-and-doha-programme>

Elena Marmo (2022):

We Get the UN We Fund, Not the UN We Need. How the UN Opened Its Doors to Private Funding and Networked Multilateralism. New York: Rosa Luxemburg Stiftung–New York Office und GPF. <https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/GPF-Multilateralism-and-Corp-Influence-V3c.pdf>

Jens Martens (2022):

Gipfelmarathon der Vereinten Nationen als Antwort auf die globalen Krisen. Briefing, Dezember 2022. Bonn: GPF Europe. <https://www.globalpolicy.org/de/publication/gipfelmarathon-der-vereinten-nationen-als-antwort-auf-die-globalen-krisen>

Jens Martens (2022):

Globale Impfgerechtigkeit. Schlüssel zur Überwindung der COVID-19-Pandemie. Bonn: GPF Europe. https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/GPF_Globale_Impfgerechtigkeit.pdf

Jens Martens (2022):

Globale Nachhaltigkeitsdiplomatie in Krisenzeiten. Das Hochrangige Politische Forum der Vereinten Nationen 2022. Briefing, August 2022. Bonn: GPF Europe.
<https://www.globalpolicy.org/de/publication/globale-nachhaltigkeitsdiplomatie-krisenzeiten>

Jens Martens (2022):

Zehn Punkte für globale Impfgerechtigkeit und Pandemieprävention. In: PW-Portal April 2022.
<https://www.pw-portal.de/themen/jens-martens-zehn-punkte-fuer-globale-impfgerechtigkeit-und-pandemiepraevention>

Jens Martens und Mel Arnecke (2022):

Folgen des Ukrainekriegs für Nachhaltigkeitsagenda und SDGs. Briefing, September 2022. Bonn: GPF Europe.
<https://www.globalpolicy.org/de/publication/folgen-des-ukrainekriegs-fuer-nachhaltigkeitsagenda-und-sdgs>

Seitz, Karolin (2022):

Geschlechtergerechtigkeit in Lieferketten. Ein von Unternehmen und Politik bislang missachteter Aspekt. In: STREIT – Feministische Rechtszeitschrift, Ausgabe 4/2022, S. 155-158. Frankfurt am Main.
<https://www.streit-fem.de/ausgaben/ausgaben,id-2022,ausgabe-3-501.html>

Seitz, Karolin (2022):

Neue Dynamik – neue Aussicht? Bericht über die siebte Tagung der UN-Arbeitsgruppe für ein verbindliches Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten („Treaty“). Berlin/Bonn: Global Policy Forum/Rosa-Luxemburg-Stiftung.
https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_7.%20Tagung%20UN%20Treaty_022022.pdf
 Englische Fassung:
https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_7th%20Session_UN%20Treaty_022022.pdf

Seitz, Karolin (2022):

Kein Nebenschauplatz mehr. Bericht über die achte Tagung der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe für ein verbindliches UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten („Treaty“). Berlin/Bonn: Global Policy Forum/Rosa-Luxemburg-Stiftung.
https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_8.%20Tagung_UN-Treaty_0.pdf
 Englische Fassung:
https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_8th%20session_UN-Treaty.pdf

Seitz, Karolin/Korn, Franziska (2022):

Schutz von Frauen in globalen Lieferketten? Nur mit geschlechtergerechten Gesetzen! W7-Blog-Beitrag der Friedrich-Ebert-Stiftung.
<https://www.fes.de/themenportal-die-welt-gerecht-gestalten/weltwirtschaft-und-unternehmensverantwortung/artikel-in-weltwirtschaft-und-unternehmensverantwortung/schutz-von-frauen-in-globalen-lieferketten-nur-mit-geschlechtergerechten-gesetzen>

Seitz, Karolin/Paasch, Armin (2022):

Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz. Aachen/Bonn: Misereor/Global Policy Forum.
https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Dt.Wirtschaftslobby_gegen_wirksames_EU-Lieferkettengesetz_Briefing_02-2022.pdf

3. Chronologie der GPF-Aktivitäten

Was	Wann
Online-Vortrag von Jens Martens bei der Akademie Franz Hitze Haus (Jahrestagung der Eine-Welt-Gruppen im Bistum Münster): Die Welt im Krisenmodus. Konsequenzen für den globalen Süden	14. Januar
Online-Vortrag von Jens Martens bei der Stadt Herzogenaurach (Nachhaltigkeitsbeirat): Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die Rolle der Kommunen	25. Januar
Online-Vortrag von Jens Martens bei der LIGA Lünen: Die SDGs in Zeiten von Corona – eine Zwischenbilanz	27. Januar
Online-Vortrag von Karolin Seitz bei Ringvorlesung der Hochschulgruppe GenderEquality Now Dresden zu „Geschlechtergerechtigkeit in globalen Lieferketten“	7. Februar
Juristisches Fachgespräch zu verbindlichem UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten, online	30. März
Online-Vortrag von Karolin Seitz bei Webseminar der Initiative Lieferkettengesetz zu Wirtschaftslobby auf EU-Richtlinienprozess	30. März
Online-Vortrag von Bodo Ellmers bei VENRO zum UN Financing for Development Forum 2022	6. April
Online-Vortrag von Jens Martens beim Bundesfinanzministerium (Interministerielle AG Spending Review): Spending Review „Verknüpfung von Nachhaltigkeitszielen mit dem Bundeshaushalt“	26. April
Online-Vortrag von Jens Martens bei der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen: Die Pandemie der Ungleichheit – Globale Verteilungseffekte der COVID-19-Krise	4. Mai
Keynote von Jens Martens bei der Stadt Köln zum Jubiläum der Kölner Klimapartnerschaften	8. Mai
Vortrag von Jens Martens in Eberswalde: Die Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen auf kommunaler Ebene umsetzen	10. Mai
Online-Vortrag von Bodo Ellmers zu „Globale Strukturpolitik 2.0“ für SPD Zeitenwende AG	18. Mai
Info-Gespräch zum UN-Treaty mit Gewerkschaften, online	25. Mai
Online-Vortrag von Jens Martens bei Renn.west: Die Agenda 2030 und die deutsche Nachhaltigkeitsarchitektur	1. Juni
Workshop beim G7-Alternativgipfel in München: Menschenrechte und sozial-ökologische Lieferketten statt Ausbeutung! Vom Lieferkettengesetz über eine EU-Richtlinie bis hin zu einem internationalen Abkommen	24. Juni
Vortrag von Bodo Ellmers beim G7-Alternativgipfel in München: Entwicklungsfinanzierung und Alternativen zu gegenwärtigen Finanzialisierungs- und Privatisierungstendenzen	24. Juni
Online-Briefing: Globale Nachhaltigkeitspolitik in Zeiten von Pandemie und Krieg. Bericht vom Hochrangigen Politischen Forum der Vereinten Nationen in New York	14. Juli
Online-Vortrag von Bodo Ellmers zu „La crisis de la deuda mundial“; Einführung zum Online-Theaterstück „Con la deuda al cuello“; Obra de Teatro Virtual de las Reinas Chulas (Mexiko)	14. Juli
Vortrag von Jens Martens beim BNE-Festival NRW in Bielefeld: Die globale Nachhaltigkeitsagenda in Zeiten multipler Krisen	19. August

Was	Wann
Vortrag von Jens Martens bei der AGL in Berlin: Transformative Eine-Welt-Arbeit in Zeiten von Krieg und Krisen	8. September
Online-Vortrag von Karolin Seitz bei Web-Seminar der Initiative Lieferkettengesetz zum UN-Treaty-Prozess	19. Oktober
Vortrag von Jens Martens bei Engagement Global in Bonn: Agenda 2030 und SDGs – Übersicht, Entwicklungen und Perspektiven	20. Oktober
Side Event zur 8. Verhandlungsrunde „Trade Union Rights in the Treaty and the Role of Trade Unions for its Effective Implementation“. UN-Palais des Nations, Genf	26. Oktober
Online-Briefing: Live aus Genf: Bericht von den Verhandlungen über ein UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten (UN-Treaty)	27. Oktober
Online-Vortrag von Bodo Ellmers beim Second Brazil – Europe Dialogue: Civil Society and Financing for Sustainable Development: SDG 17 and the Inter-Agency report for the FfD: overcoming inequality and contradictions	17. November
Online-Vortrag von Jens Martens beim Hamburger Ratschlag: SDGs und globale Krisen	25. November
Fachgespräch: 2023 – wie geht es weiter mit der globalen Nachhaltigkeitsagenda? Ausblick auf die Halbzeitbilanz von Agenda 2030 und SDGs. Berlin	6. Dezember
Online-Vortrag von Karolin Seitz bei Seminar des Bildungszentrums der Arbeitskammer des Saarlandes zum UN-Treaty-Prozess	7. Dezember
Online-Diskussion des Institute for Policy Studies mit Jens Martens, Jayati Ghosh und Madhuresh Kumar: Can the World Save the World?	14. Dezember

4. GPF im Internet



www.globalpolicy.org



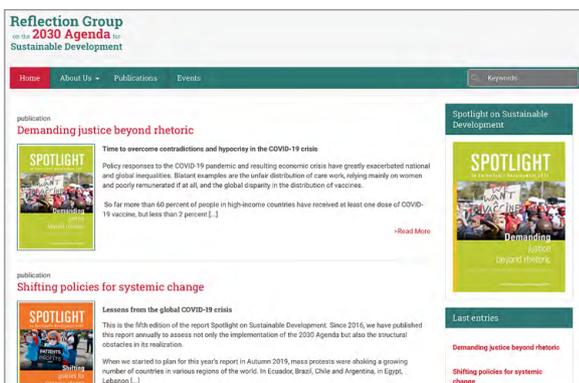
www.2030agenda.de



www.globalpolicywatch.org



www.2030spotlight.org



www.reflectiongroup.org

